

Aufruf des Bundesvorstandes

Gegen einen Ausstieg aus dem Ausstieg – Widerstand gegen die schwarz-gelben Atomlobbyisten

Die schwarz-gelbe Bundesregierung sagt der Mehrheit in unserem Land den Kampf an. Mit der Entscheidung, die ältesten Atomreaktoren weiter laufen zu lassen und so die anstehende Abschaltung von Biblis A und Neckarwestheim I zu verhindern, stellt sich Schwarz-Gelb gegen einen längst gefundenen gesellschaftlichen Konsens und katapultiert Deutschland zurück in die 80er Jahre.

Als Atomlobbyisten kümmern sich Angela Merkel und die Minister von Schwarz-Gelb nicht um das Risiko, sondern bedienen stattdessen willfährig die Profitinteressen der vier Atomkonzerne. Damit ist die Katze bereits lange vor der Wahl in NRW aus dem Sack: Schwarz-Gelb wird im Sommer die Laufzeiten aller Atomreaktoren verlängern, ungeachtet allen Beschwichtigungsgeschwätzes von Umweltminister Röttgen.

Der Kurs der Regierung steht seit dem Treffen von Kanzleramtsminister Pofalla und den vier Energieriesen im Kanzleramt fest: Atomkraft ist für Schwarz-Gelb keine Brückentechnologie, denn die alten Meiler werden für die Stromerzeugung nicht gebraucht. Es gibt also nur einen Grund für die Bundesregierung, sie weiter zu betreiben: Sie sind ein einträgliches Geschäft für ihre Freunde von den Atomlobby. Diese können mit Gewinnen von insgesamt bis zu 339 Milliarden Euro durch eine Laufzeitverlängerung rechnen.

Schwarz-Gelbe Atompolitik steht

- für ein unbeherrschbares Sicherheitsrisiko, sei es durch wahrscheinliche Störfälle in Reaktoranlagen, unkalkulierbare Gesundheitsgefährdungen, mögliche Terroranschläge auf AKWs, oder militärischen Missbrauch der Technologie,
- für ein bis heute ungelöstes Giftmüll- und Entsorgungsproblem, das noch Generationen nach uns unverantwortlichem Risiko aussetzt, wofür der Skandal um die Asse nur das offensichtlichste Sinnbild ist,
- für eine Verhinderung des dringend gebotenen Ausbaus Erneuerbarer Energien, da saubere Energie keinen Platz hat in einem von Dinosaurierstrom – durch Atom und Kohle erzeugt – verstopften Netz.

Schwarz-Gelb macht Politik

- gegen den sozialen Frieden in unserem Land, indem sie den gesellschaftlichen Konsens für den Atomausstieg aufkündigt und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel setzt,
- gegen mehr Klimaschutz durch die Verhinderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und die tatsächlich miese CO₂-Bilanz von Atomenergie,
- gegen die Schaffung von bis zu einer Viertelmillion neuer Arbeitsplätze bis 2020 durch den Ausbau Erneuerbarer Energien,
- gegen die notwendige Modernisierung unseres Landes, um auch den kommenden Generationen eine Zukunft zu garantieren.

Wir Grüne werden diesen Kurs nicht akzeptieren. Wir stellen uns Schwarz-Gelb und ihren Freunden von der Atomwirtschaft in den Weg und mobilisieren gemeinsam in breiten gesellschaftlichen Bündnissen den Widerstand auf den Straßen und in den Parlamenten.

Schwarz-Gelb muss sich auf breiten Protest gegen den Weiterbetrieb der Schrottreaktoren wie Neckarwestheim, Biblis A oder Krümmel, gegen eine Laufzeitverlängerung für alle AKWs und gegen das weitere Kapern des Staates durch Lobbyisten, Konzerne und Interessenklintele gefasst machen.

Am 9. Mai steht in NRW schwarz-gelbe Politik zur Abstimmung. Wir Grüne werden die Landtagswahl zu einer Abstimmung über eine rücksichtslose Lobbypolitik, unsoziale Steuerpolitik und eine rückwärtsgewandte und rücksichtslose Atompolitik machen.

Wir rufen dazu auf, sich gegen die Pläne der Bundesregierung zu stellen. Wir werden zeigen:

Wir sind nicht einverstanden!

Grüne stellen sich quer, am 24. April beim Antiatom-Aktionstag in Krümmel, Neckarwestheim, Brunsbüttel und Ahaus.

Grüne gegen schwarz-gelbe Atompolitik – Die Atomlobby sollte sich auf was gefasst machen!